
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
29.04.2025

Sitzungsbeginn: 16:33 Uhr
Sitzungsende: 18:54 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende Frau Stadträtin Gabriele Perl, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Abstimmungsergebnis:

- 2 **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende informiert über die Streichung des TOP 7.2. und Verschiebung auf eine der nächsten Ausschusssitzungen.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren gibt an, dass die TOP 6.2. und 6.3. von der Tagesordnung genommen werden. Diese Beschlussvorlagen werden zu einem späteren Zeitpunkt behandelt.

Die Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Die geänderte Tagesordnung wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

- 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 13.03.2025**

Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift vom 13.03.2025 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 4:0:4

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am 13.03.2025 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden sind.

5 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner möchte wissen, wann und wie es mit dem Franztreff weiter geht.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration gibt an, dass man sehr an der Fortführung interessiert ist und in der nächsten Woche ein Trägergespräch stattfinden wird. Eine Information wird anschließend schnellstmöglich erfolgen.

Weitere Fragen liegen nicht vor. Aus der Sitzung heraus gibt es ebenfalls keine weiteren Anfragen.

6 Beschlussfassungen

6.1 Unterbringung der Bewohner/innen aus der Gemeinschaftsunterkunft am Standort Rosenhof 7 in Dessau-Roßlau ab 01.01.2026 Vorlage: BV/091/2025/IV-50

Frau Paesold führt in die Beschlussvorlage ein.

Frau Stadträtin Neumann möchte wissen, warum die Vorlage durch ein anderes Fachamt abgelehnt wurde.

Frau Paesold gibt an, dass die Gebührensatzung für die Obdachloseneinrichtung Rosenhof gültig ist. Diese Gebühr beträgt aktuell 3,60 € pro Bewohner. Es wurden zwei neue Standorte benannt, bei denen die Miete ermittelt wird und die Gebührensatzung angepasst werden muss. Ebenfalls muss auf die individuellen Lebensumstände der Personen in den Obdachlosenunterkünften geachtet werden, da u. a. Personen erwerbstätig sind oder Sozialleistungen erhalten.

Frau Stadträtin Bebber hat Fragen zu dem Objekt in der Törtener Straße. In diesem Objekt sollen Personen über 60 Jahre untergebracht werden. Wie erfolgt die Betreuung durch das Pflegepersonal?

Frau Paesold erwidert, dass dies unter der Maßgabe gemacht wird, dass Personen, welche betreut werden müssen, an diesem Standort bestmöglich versorgt werden können.

Herr Stadtrat Diederling hat eine Nachfrage bezüglich der Ansicht der Unterlagen zur Beschlussvorlage, da diese nicht mehr vollständig angezeigt werden. Ebenso möchte er wissen, ob es einen Vergleich zwischen der zentralen und dezentralen Unterbringung von wohnungslosen Bürgern gegeben hat.

Frau Paesold verweist darauf, dass für einen Vergleich bis dato keine Angebote von potentiellen Einrichtungen vorlagen und es das Ziel ist, jeden Bewohner in eine eigene Wohnung unterzubringen und es sich nur um vorübergehende Lösungen handelt, ebenfalls müssen die Ausschreibungen abgewartet werden.

Herr Zeller, sachkundiger Einwohner, möchte wissen, bei wie vielen von den aktuell 40 Bewohnern die Möglichkeit besteht, diese in eigene Wohnungen unterzubringen.

Frau Paesold erwidert, dass bei jedem Bewohner die Möglichkeit besteht aber die soziale Unterstützung gegeben sein muss. Bei älteren Personen bestehen höheren Chancen. Es wurden Gespräche mit drei Bewohnern aus der Obdachlosenunterkunft im Rosenhof über eigenen Wohnraum geführt und man befindet sich im Austausch mit den Vermietern. Bei den Personen mit eigenem Einkommen bietet das Sozialamt Unterstützung bei der Wohnungssuche an.

Herr Zeller gibt an, dass in anderen Städten die Personen lediglich eine Unterkunft zur Übernachtung bzw. über die Wintermonate benötigen und keine Betreuung wünschen.

Frau Paesold führt aus, dass es im letzten Jahr 59 Zwangsräumungen gab und diese Personen alle angeschrieben wurden. Aus den Räumungen ergaben sich 4 Personen die nicht mehr freiwillig obdachlos sein wollten. Es stehen für Durchreisende Notunterkünfte zur Übernachtung zur Verfügung.

Herr Stadtrat Paul möchte in Erfahrung bringen, wie die Betreuung für Alkohol- bzw. psychisch kranke Obdachlosen gesichert ist.

Frau Paesold gibt an, dass bei den aktuell untergebrachten Personen in der Obdachlosenunterkunft wenig Betreuungsverhältnisse bestehen. Die Präventionsarbeit wird in dem Wohnhilfe-Konzept eine große Rolle spielen. Es gibt für Betroffene die Möglichkeit, eine Wiedereingliederung in Anspruch zu nehmen.

Frau Stadträtin Bahn-Kunze erfragt den Einsatz von Wachpersonal an den Standorten.

Frau Paesold informiert, dass bei der Herberge Lichtblick und dem Objekt in der Randelstraße eine ganztägige Bewachung angedacht ist. Bei dem Objekt in der Törtener Straße wird eine Bestreifung vorgezogen.

Frau Stadträtin Neumann weist darauf hin, dass in der Beschlussvorlage abweichende Bewachungszeiten für das Objekt in der Törtener Straße angegeben sind. Weiterhin ist es für sie unerklärlich, dass immer noch kein dritter Standort gefunden wurde und sie gibt an, dass nun der Druck zur Abstimmung der Vorlage aufgrund der einzuhaltenden Fristen besteht.

Frau Paesold wird die abweichenden Bewachungszeiten überprüfen. Es wurde ein Interessenbekundungsverfahren aufgrund von nicht zur Verfügung stehenden kommunalen Objekten zum 01.01.2026 für die Unterbringung von Obdachlosen durchgeführt. Aktuell befindet man sich intensiv auf der Suche der dritten Unterbringungsmöglichkeit.

Herr Stadtrat Kaßner bedankt sich für den Einsatz der Amtsleiterin Frau Paesold unter dem Gesichtspunkt, dass unser kommunaler Träger den Wohnraum nicht zur Verfügung stellen kann. Das Objekt Rosenhof kann man nicht mit dem schlechtesten Wohnraum vergleichen, da dieses in einem ruinenähnlichen Zustand ist.

Herr Zeller schließt sich den Worten des Dankes von Herrn Kaßner an und er findet es ebenfalls unvorstellbar, dass der kommunale Träger keinen Wohnraum zur Verfügung stellen kann.

Frau Hachmann bedankt sich bei den Stadträten für die offene und ehrliche Kommunikation. Weiterhin gibt Sie an, dass bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft auch die Nachbarschaft bedacht werden muss und jeder bedenken sollte, dass es eine Pflichtaufgabe ist, diese Unterkünfte für die Obdachlosen bereit zu stellen.

Bei den Themen „Franztreff“ sowie „Rosseltreff“ und bei der Beratung von Suchtkranken muss mehr Prävention betrieben werden ebenso bei der Unterbringung von Obdachlosen. Die Besonderheit ist, dass die Präventionsarbeit zu einem Großteil durch Freiwillige erbracht wird. Der richtige Weg, um die Kosten zu minimieren, ist diese Arbeit zu unterstützen.

Frau Stadträtin Brösner vermutet eine neue Klientel von Obdachlosen, da den Flüchtlingen die Sozialleistungen versagt werden. Haben die Menschen ebenfalls einen Anspruch auf Unterbringung?

Frau Paesold gibt an, dass aktuell die Aufforderungen zur Ausreise und Verlassen des Wohnraums bestehen. Bei keiner Ausreise muss aktuell die rechtliche Lage geklärt werden. Frau Paesold wird bei weiteren Erkenntnissen darüber berichten.

Herr Stadtrat Diederling hat eine Anfrage zur Obdachlosenunterkunft Rosenhof. Er weist darauf hin, dass die Finanzierungen der drei Standorte in der Beschlussvorlage fehlen. Er schlägt eine Änderung der Vorlage vor, so dass erstmal die Kosten ermittelt werden können.

Frau Paesold verweist auf die Anlage 6 zur Kosteneinschätzung und führt nochmal die schnelle Notwendigkeit der Unterkünfte auf.

Herr Stadtrat Diederling möchte etwas Verbindliches und Verlässliches für die 40 Bewohner der Obdachlosenunterkünfte aufweisen. Er stellt den Änderungsantrag, dass Punkt 2 und Punkt 3 der Beschlussvorlage beschlossen werden sollen, jedoch die abschließende Entscheidung aufgrund des fehlendes Finanzierungsbedarfes (Punkt 1) auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.

Herr Stadtrat Kaßner weist darauf hin, dass dies formell nicht möglich ist. Es kann keine Beauftragung einer Ausschreibung stattfinden, da diese bindend ist und es zu einer Klage kommen könnte. Die Beschlussvorlage muss mit Ihren gesamten Inhalten abgestimmt werden.

Herr Stadtrat Diederling zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Frau Ausschussvorsitzende Perl unterstützt die Aussage von Herrn Kaßner und weist nochmals auf die Pflichtaufgabe zur Unterbringung von Obdachlosen unserer Stadt hin.

Herr Stadtrat Paul gibt an, dass man nicht gegen eine dezentrale oder zentrale Unterbringung ist, sondern es vermieden werden soll, dass es zu einer Abstimmung kommt und letzten Endes die Kosten nicht getragen werden können.

Frau Paesold merkt an, dass die Stadt gegenüber den Menschen, die obdachlos bzw. wohnungslos werden, verpflichtet ist, Hilfe anzubieten und Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Frau Stadträtin Neumann gibt an, dass von Ihrer Seite Zweifel aufgrund der Finanzierbarkeit bestehen und wünscht sich einen anhaltenden Informationsaustausch.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6:1:1

6.2 Kalkulation zur Kostensatzung der Musikschule "Kurt Weill" der Stadt Dessau-Roßlau.

Vorlage: BV/092/2025/IV-40

Die Beschlussvorlage wurde seitens der Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

**6.3 Kostensatzung der Musikschule „Kurt Weill“ der Stadt Dessau-Roßlau ab 1. August 2025.
Vorlage: BV/093/2025/IV-40**

Die Beschlussvorlage wurde seitens der Verwaltung von der Tagesordnung genommen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung teilt mit, dass die Musikschule „Kurt Weill“ an einem Rezertifizierungsprozess erfolgreich teilgenommen hat. Somit ist es weiterhin eine staatlich anerkannte Musikschule. Am 10.05.2025, im Zeitraum von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr findet ein Tag der offenen Tür statt.

Zum Thema Aufnahmeverfahren an den weiterführenden Schulen führt Herr Kuras ein, dass es an der Gemeinschaftsschule Zoberberg mehr Anmeldungen als die vorhandenen Platzkapazitäten gab. Es folgte ein Losverfahren.

Frau Stadträtin Neumann fragt nach den Schülerzahlen der Gymnasien.

Herr Kuras gibt an, dass für das Gymnasium „Walter-Gropius“ 71 Anmeldungen vorliegen und für das Gymnasium „Philanthropium“ 126 Anmeldungen vorliegen.

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Ausschussvorsitzende Perl teilt mit, dass Sie bei der nächsten Ausschusssitzung am 17.06.2025 durch Frau Stadträtin Neumann vertreten wird. Seitens der Ausschussmitglieder spricht dem nichts entgegen.

7.2 Informationen der Ausländerbehörde zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

7.3 Information des Jobcenters Dessau-Roßlau

Frau Blaschczok, Geschäftsführerin des Jobcenters Dessau-Roßlau, führt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Stadträtin Neumann fragt nach dem Projektteam zur Migration, welches nur noch dieses Jahr besteht. Ob es eine andere Planung gibt?

Frau Blaschczok gibt an, dass sich weiter um diesen Personenkreis gekümmert wird. Es wird der Vorschlag bei der Trägerversammlung gemacht, dass die bisherigen drei Organisationsteams auf zwei reduziert werden und der Personenkreis auf diese aufgeteilt wird. Es besteht keine Sorge um die Betreuung der Migranten.

Frau Stadträtin Brösner erfragt den neuen Zuständigkeitsbereich für Flüchtlinge.

Frau Blaschczok teilt mit, dass viele Personen in dem Zuständigkeitsbereich verbleiben aber die ab dem 01.04.2025 dazu gekommenen Flüchtlinge in die Zuständigkeit der Ausländerbehörde wechseln.

Herr Stadtrat Diederich beruft sich auf die Statistik in Bezug auf die erwerbsfähigen Ausländer und möchte erfahren, wie viele davon eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können, um somit den herrschenden Fachkräftemangel zu minimieren.

Frau Blaschczok reicht die gewünschten Zahlen nach (Anlage 2). Bei den Personen ohne Berufsausbildung werden entsprechende Maßnahmen ergriffen und Helfertätigkeiten angeboten.

Herr Zeller hat eine Nachfrage zu der Online-Plattform des Jobcenters und erfragt die Zuständigkeit für Ausländer bzw. die Vermittlung an die Ausländerbehörde.

Frau Blaschczok teilt mit, dass die Plattform von der Bundesagentur für Arbeit betreut wird und aktuell noch Ausschreibungen laufen und somit noch nicht zur Verfügung steht. Es wird keine Plattform vom Jobcenter geben.

Frau Ausschussvorsitzende Frau Perl bedankt sich für den Einstieg und wünscht fortlaufende Informationen.

7.4 Regionale Umsetzung der Förderrichtlinie Regio Aktiv in Dessau-Roßlau

Herr Schulze, Koordinator des regionalen Arbeitskreises, führt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3) in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Ausschussvorsitzende Perl fragt an, wer beruft den regionalen Arbeitskreis und wieviel Geld dafür zur Verfügung steht.

Herr Schulze gibt an, dass dieser sich 2015 gegründet hat und die Mitgliederzahl seitdem unverändert ist. Bis Ende des Förderzeitraums 2027 stehen 5,1 Millionen Euro zur Verfügung.

7.5 Information zur Arbeit und zu Angeboten der Stadtbibliothek Dessau-Roßlau

Herr Weiß, Leiter der Stadtbibliothek, führt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 4) in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Stadtrat Diederling fragt nach einer Zusammenarbeit mit der Stadtmarketinggesellschaft.

Herr Weiß teilt mit, dass ein Austausch stattfindet.

Herr Stadtrat Kaßner lobt die Arbeit von Herrn Weiß und kündigt einen Besuch seiner Fraktion in der Stadtbibliothek an. Weiterhin erfragt er, wer für die Auswahl der Medien zuständig ist und ob die Auswahl der Medien seit Corona mehr digitaler Natur sind. Er erfragt die Möglichkeit, über ein Catering mehr Kunden zu gewinnen.

Herr Weiß informiert, dass es eine Mischung aus Vorschlagslisten verschiedener Medien ist und einzelne Mitarbeiter für bestimmte Sachgebiete verantwortlich sind. AV-Medien werden händisch ausgewählt. Herr Weiß bejaht die nun vermehrte Nutzung von E-Books, hier scheitert es aber noch an der technischen Umsetzung zur Nutzung, da in der Bibliothek keine Beratung stattfindet. Die Umsetzung zur Einführung eines Catering ist bedenklich, da die angebotenen Lebensmittel kontrolliert werden müssten. Den Besuchern steht Kaffee zur Verfügung, dessen Einnahmen gehen direkt an den Förderverein.

10 Schließung der Sitzung

Frau Ausschussvorsitzende Perl schließt die Sitzung um 18:54 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder und Gäste.

Dessau-Roßlau, 16.09.25

Gabriele Perl

Vorsitzende Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales Schriftführer